

Neue Podzer Zeitung

Redaktion und Geschäftsstelle

Petriauer-Strasse Nr. 15.

Telephon Nr. 283.

Inseratpreise: Belegte Nonpareille oder deren Raum 15 Mk., Ausland 20 Mk., 1. und 2. Seite im Text od. auf der ersten Seite (doppelt so breit) 40 Mk., Ausland 60 Mk., pro Raum der Nonpareille, Einzel 70 Mk., pro Kopfzeile. Bei Anzeigen, die länger als 14 Tage andauern, sind besondere Preisabmachungen nicht berücksichtigt. Inhaber der Zeitung wird für alle Anzeigen-Verträge verantwortlich gemacht. Anzeigenannahme durch alle Anzeigen-Blätter.

Nr. 116.

Sonnabend, den 30. April 1921.

22. Jahrgang.

Okazja! Wypredaż!

Niniejszym podajemy do wiadomości Sz. Klijenteli, że **Polski Dom Handlowo-Agenturowy w Łodzi**, ul. Nawrot 23 nabył w dniu 22 kwietnia br. znany i oddawna istniejący przy ul. Piotrkowskiej 144 skład manufakturny p.f. R. Stegman. Chcąc dać możność nabycia towarów zarówno Klijenteli naszej jak i Army R. Stegman po cenach niżej kosztu, urządzamy począwszy od dnia dzisiejszego

wielką wyprzedaż

Zaznaczając, iż składy nasze są obficie zapatrzone w rozmaite materiały na sezon wiosenny, polecamy się nadal łaskawym względem Sz. Klijenteli i pozostajemy z poważaniem

Polski Dom HANDLOWO-AGENTUROWY.

Amerika und Deutschland.

Washington, 29. April. (Pat.) Nelson, der Präsident der juristischen Kommission des Senats, befragte in der Senatssitzung den Antrag Knox in Sachen des Friedens mit Deutschland energisch. Nelson erklärte, die Annahme dieses Antrages würde Deutschland zum Widerstande ermutigen. Seine Ansprache schloß er mit den Worten: Vergessen wir die Verbündeten nicht, dank welchen und mit denen wir den Sieg davontrugen. Deutschland muß entwaffnet werden.

Paris, 29. April. (Pat.) „Daily Mail“ meldet, nach gestern abend aus Washington in Paris eingetroffenen Nachrichten, hat Präsident Harding von der Berliner Regierung die Formulierung neuer Vorschläge gefordert, die die Forderungen der Alliierten in Rechnung stellen würden.

Chorfa, 29. April. (Pat.) Aus der Tatsache, daß die deutschen Vorschläge noch nicht offiziell von Washington nach London gefandt wurden, schließt die englische öffentliche Meinung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Vorschläge für zu zweideutig hält, als daß darüber diskutiert werden könnte. Die englischen Blätter melden, daß der erste Eindruck nach Eintreffen der deutschen Vorschläge nicht ungünstig gewesen sei, später seien jedoch gewisse Zweifel entstanden.

Lloyd George über die deutschen Vorschläge.

London, 29. April. (Pat.) Im weiteren Verlauf seiner Erklärung im Unterhause sagte Lloyd George, daß gewisse Unklarheiten und Zweideutigkeiten der letzten deutschen Note sogar absichtlich zu sein scheinen. In einer ganzen Reihe Fragen, von denen die Abschätzung des wesentlichen Wertes der deutschen Vorschläge abhängt, seien in Berlin ergänzende Informationen eingeholt worden, wobei sich herausstellte, daß die letzten Vorschläge völlig unbefriedigend sind. Die Deutschen schlagen eine Entschädigungssumme von 10 Milliarden, zahlbar in jährlichen Raten, vor und verschweigen dabei, im Laufe wie vieler Jahre diese Raten erlegt werden sollen. Als in Berlin die ergänzenden Informationen in dieser Angelegenheit eingeholt wurden, erhielt man den Ausschluß, Deutschland wolle die Anzahlung auf die Dauer von 60-80 Jahren verlegen. Bei Berechnung dieser Raten als Kapital erhält man lächerliche, mit den Forderungen der Koalition nicht zu vereinbarende Ergebnisse. Andere Einzelheiten der deutschen Vorschläge sind angeblich ausföhrlich. Da es schwer fällt, noch weitere mehr rationalisierte Vorschläge zu erwarten, ist es wahrscheinlich, daß der Oberste Rat in seiner Sonnabend-Sitzung in London sich mit dem Plane einer Beilegung des Streitbündnis befassen wird. Diebezügliche Projekte würden augenblicklich von den militärischen und ökonomischen Sachverständigen der Koalition in London erörtern.

Paris, 29. April. (Polypres.) In politischen Kreisen wird anerkannt, daß die Lösung der Situation augenblicklich von der Haltung, die die englische Regierung einnehmen wird, abhängt. Der Londoner Korrespondent des „Pet. Par.“ meldet, daß der englische Gesandte in Berlin, Abernon, zwei Besprechungen mit Minister Simons hatte, der den Gesandten versicherte, daß Deutschland aufrichtig nach einer Verständigung mit Frankreich strebe und daß die neuen deutschen Vorschläge den Franzosen den Empfang der Entschädigungen vollamt garantieren. Der Gesandte Abernon soll heute in London antreffen.

Washington, 29. April. (Pat.) Einflußreiche republikanische Personen dringen in die Regierung, ihre Energie inbezug auf Deutschland zu verdoppeln. Die großen amerikanischen Blätter haben sich für Frankreich erklärt.

New-York, 29. April. (Pat.) „N. Y. Times“ und „N. Y. Tribune“ loben das Verhalten Frankreichs in Sachen der deutschen Vorschläge, denen zufolge die Entschädigung unzureichend und voller Fallenz sind. Die amerikanische Presse unterstreicht den tiefen Erfolg, den die Deklaration Briand's inbe-

treff der Wünsche Frankreichs, sofort zur Aktion überzugehen, davongetragen hat.

Paris, 29. April. (Pat.) Die amerikanische Antwort ist bisher noch nicht eingetroffen. Die Londoner Presse äußert sich im allgemeinen sehr pessimistisch über die von den Deutschen in ihrer letzten Note gezeigten Hoffnungen. Dem „Echo de Paris“ zufolge, würde Deutschland, selbst wenn es bis Sonnabend neue weitgehende Anträge vorstellt, die getroffene Anordnungen nicht aufhalten können. Es wird angenommen, daß die weitere Beilegung erst zwischen dem 7. und 15. Mai erfolgen wird. Personen, die aus Berlin eingetroffen sind, äußern die Überzeugung, daß infolge der weit vorgeschrittenen Vorbereitungen, keine deutschen Vorschläge die Situation mehr ändern könnten. Seit 9 Tagen sind die Kasernen und Lager mit Soldaten überfüllt. Auf den Bahnhöfen herrscht ein Verkehr, wie zu Beginn des Krieges.

London, 29. April. (Pat.) Auf eine Interpellation im Unterhause antwortete Lloyd George, daß er bedaure, daß die deutschen Vorschläge nicht zufriedenstellend seien. Sie werden jetzt von den in London weilenden Koalition-Sachverständigen eingehend geprüft. Lloyd George bekräftigt, daß die Sachverständigen die Vorschläge für ungenügend erklären werden.

Der Eindruck in England.

London, 29. April. (Pat.) „Times“ beschreiben den Eindruck, den die deutsche Note in England hervorgerufen hat. Die Engländer behaupten, daß die Note in den letzten Schwierigkeiten keine Clappe bilde. Der Kommentar zu den deutschen Vorschlägen rief bei der englischen Regierung Unwillen hervor. Allgemein wird geglaubt, daß die amerikanische Regierung, die Vermittelung ablehnen und den Deutschen empfehlen wird, sich unmittelbar an die Verbündeten zu wenden.

Marschall Joffre in London.

Paris, 29. April. (Pat.) Heute mittag reiste Marschall Joffre nach London ab.

Die deutsche Note an Amerika.

London, 29. April. (Pat.) Die Regierung der Vereinigten Staaten wird, dem „Times“ zufolge, die letzte deutsche Note den verbündeten Regierungen nicht zugehen lassen, weil sie keine Grundlagen zur Diskussion bietet.

Eine Erklärung Harding's.

London, 29. April. (Polypres.) Der „New-York Times“ zufolge erklärte Harding, die Deutschen müßten endlich einmal ihre Niederlage im Weltkrieg eingestehen und sich allen Konsequenzen dieser Niederlage loyal unterwerfen. Frankreich habe ein Recht auf die Entschädigungen, da diese nicht ein Gewinn für den Sieg, sondern ein Ausgleich der wirklichen Verluste sind. Man müsse jedoch begreifen, daß eine völlige wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands nicht nur für Europa, sondern auch für Frankreich, unvorteilhaft wäre.

Die Antwort Amerikas.

Berlin, 29. April. (Polypres.) Da die Washingtoner Regierung sich vor der Abendung der Antwort auf die Note Simons' mit der Regierung von Frankreich und England verständigt, wird die Antwort aus Washington für morgen, spätestens Sonntag erwartet.

Die französische Regierung gibt den Ausschlag.

London, 29. April. (Pat.) Chamberlain, der in Sachen der eventuellen Okkupation des Ruhrgebiets interpelliert wurde, erklärte, daß eine Diskussion über dieses Thema im Unterhause auf die Aktion der französischen Regierung keinen Einfluß ausüben könne, weil diese Frage der Entscheidung Frankreich überlassen wurde.

Die Festsetzung der Entschädigungshöhe.

Paris, 29. April. (Pat.) Die Entschädigungskommission sandte an die deutsche Kriegelastekommission eine Verbal-Notifikation in Sachen der Festsetzung der Höhe deutscher Entschädigungen im Betrage von 132 Milliarden Mark in Gold. Diese

Summe enthält nicht den Betrag, auf den Polen infolge seiner Angehörigkeit zum ehem. russischen Reich, wie dies im Art. 116 des Versailler Vertrages vorgesehen ist, eventuell Anspruch erheben kann.

Briand über die Okkupation.

Paris, 29. April. (Pat.) Briand erklärte in den Verhandlungen des Senats, daß die Entschädigungsfrage unstrittig eine gemeinsame Frage für alle Verbündeten sei, außerdem habe sie jedoch eine besondere Bedeutung für Frankreich, weil sie die Sicherheit Frankreichs betreffe. Zur Wahrung dieser Sicherheit müsse Frankreich gewisse Garantien erlangen. Die Aktion, die solche gute Resultate zeitigte, als vor 5 Monaten Düsseldorf und andere deutsche Städte besetzt wurden, müsse jetzt fortgesetzt werden.

Aus dem deutschen Reichstage.

Brüssel, 29. April. (Pat.) Vor dem Eintritt in die weiteren Debatten über die answärtige Politik in der heutigen Sitzung des deutschen Reichstages, wurde in allen 3 Lesungen das Gesetz, das mit Rücksicht auf die Entente die Ausfuhr von Gold aus Deutschland ohne Genehmigung der Regierung verbietet, angenommen. Daran ergriff der Vorsitzende der deutschen Volkspartei das Wort, der Frankreich wegen seiner Politik Deutschland gegenüber heftig angriff. Nach ihm sprach der Außenminister Dr. Simons, der u. a. erklärte, Deutschland habe bereits die durch den Versailler Traktat verlangte Demobilisation durchgeführt. Er bemerkte dabei, daß Deutschland jedoch nur die erste Etappe zur Entwaffnung der ganzen Welt bilden solle. Der Minister hofft immer noch, die strittigen Fragen mit der Entente und auch mit Polen auf friedlichem Wege beizulegen. Es sprach noch Graf Bernstorff, Spähe und der unabhängige Sozialist Ledebour, worauf die Diskussion bis Freitag verlagert werde.

Deutschland liefert sein Gold nicht aus.

Brüssel, 29. April. (Pat.) Der Hauptanschlag des deutschen Reichstages hat die Forderung der Koalition auf Auslieferung des Goldes aus der Reichsbank abgelehnt.

Die Verhältnisse in den Sowjet-Staaten.

Aus Rußland und der Ukraine beginnen jetzt nach dem Neger-Friedensschluß verschiedene Personen zurückzukehren. Aus ihrem Munde hören wir bereits Schilderungen der Verhältnisse dort drüben. In der Ukraine ist hiernach das Leben noch erträglich als im Inneren Rußlands, wo es noch bedeutend schlimmer ist. Die Ukraine liegt näher der Grenze mit der zivilisierten Welt und die Kommune (sowohl, als die Banden der beschrifteten „T. K.“ (Schredowitschajnska Kommando) scheuen sich, in derart rückwärtsgerichtet und blutiger Weise vorzugehen, wie im Inneren des Reiches, wo alle die Grenzstaaten verschwiegen bleiben, denn man darf von ihnen nicht einmal sprechen, geschweige denn sie schriftlich weiter berichten. Die Folge einer solchen Anvorsichtigkeit ist das Verschwinden in einem Gefängnis. Wo sich ein Verhafteter befindet und was mit ihm geschieht, davon erfährt niemand etwas. Meist sieht man ihn niemals wieder.

Kiewin, wo sich unser Gewährsmann aufhielt, hatte das Anglück mehrere Male von Hand zu Hand überzugehen. Als 1919 Petlura von den Bolschewisten vertrieben war, raubten diese sofort alles, dessen sie habhaft werden konnten. Dann kam Denikin und seine unidisciplinierten Horden richteten einige Pogroms an, bei denen gepöbelnd wurde und sieben Juden den Tod fanden. Man soll aber nicht meinen, daß bei den Bolschewisten während ihrer meist wählischen Raubzüge weniger Personen getötet wurden. Sie machten es nur anders. Erst Verhaftung und dann Verschwinden. Es genügt offen zu sagen, daß die Zeiten schlecht sind und früher besser waren, oder jetzt besser sein können und man war verschwunden. Es genügt Handwerker gewesen zu sein und niemand sah einen wieder. Nach Denikin kamen die Bolschewisten wieder. Nun ging sofort ein Raub los, das sich bis in die kleinsten Privatwohnungen erstreckte. Hierbei wurden viele Privatpersonen ganz offen und sofort getötet. Der Hauptangriff richtete sich gegen die Deutschen und Polen. Alles Eigentum wurde nationalisiert. Es gab keinen Laden mehr, nicht einmal Fenstergehänge in vielen Läden, denn beim Nationalisieren wurde natürlich nach Herzenslust gestohlen und auf eigene Faust geräubt. Das Privateigentum war abgeschafft, Bett, Tisch, Stuhl und jedes Möbelstück gehörte dem Staate, der jederzeit wegnehmen konnte, was er wollte. Der Staat gestattete die Benutzung der Möbel, über die er ein Verzeichnis besaß.

Waren zu Deutschen Zeiten die Preise gefallen, so schwoilen sie bei den Bolschewisten sofort zu ungeheuren Höhen an. Trotz aller Strafen bis zur

Todesstrafe, ging der Schleißhandel seinen Weg. Aber viele Sachen fehlten doch vollständig. Da kamen die Kommissare auf den schlauen Gedanken, den freien Handel wieder zu gestatten. Es bildeten sich sofort wieder Kaufleute und im Laufe einiger Wochen waren wieder Waren in den Läden. Darauf hatten die Bolschewisten nur gewartet. Einmal Nachts wurden wieder alle Läden ausgeraubt und nationalisiert. Die einst reicheren Hausbesitzer und Gutbesitzer wurden ausnahmslos als Geiseln eingesperrt. Unter den Geiseln wurde nach Möglichkeit aufgeräumt. Wo auch notorische Antibolschewisten füllten? Von ihnen sind die allermeisten gestorben worden.

Die Güter waren gründlich geplündert und ausgeraubt, wobei sich auch die Bauern mit Begeisterung beteiligten und viele Gutbesitzer tödelt. Die Überlebenden wurden, wie gesagt, als Geiseln verhaftet. Sogar sind Gebäude auf den Gütern an einandergenommen worden, um die Ziegeln fortzuschaffen.

Als die Polen sich Kiewin näherten, wurden alle Polen, die dort wohnten, verhaftet und erst nach Konostop, dann nach Charlow gebracht. Hier wurden sie im Zwangsarbeitsgefängnis untergebracht, das jetzt den Namen führt: „Дворецъ руды“ (Arbeitspalast). Sie wurden zur Arbeit gezwungen, wenn man für sie Arbeit hatte und erhielten Nahrung, wenn Nahrung da war. Die Verpflegung bestand aus Haberbrut, geföhrtem Wasser und Suppe. In der Suppe war meist nichts drin als Wasser. Aber auch nur dann gab es Brot, wenn welches da war, Suppe, wenn Holz da war, um sie zu kochen. Das fehlte aber alles sehr häufig. Einzelverhaftete waren die Polen in kleinen Zellen zu 30 bis 50 Mann. Die Zellen der einen Zelle wühlten sie, was in der anderen vorging. Meist nichts wurden aus der Zelle einige Personen hinausgeführt, die man dann umarmt wieder sah. Hauptächlich hatten es die Bolschewisten auf die Jugend abgesehen, die erschossen wurde. Sogar einen 14jährigen Knaben, den sie gefangen nahmen, weil er erklärte, nach dem Tode seiner Eltern nach Polen zu wollen, haben sie erschossen. U. a. wurden damals auch die bekannten Adolanten aus Warschau, Kwiatskowski und Brzdzynski, erschossen.

Schließlich wurden die Professionisten ausgesondert und kamen in große Gefängnisse, wo sie in ihrem Fach beschäftigt wurden. Der Geld zu Beschaffungszwecken ansprechen konnte, schaffte sich Prestektion und konnte schließlich freigelassen werden, wie unser Gewährsmann, er brauchte sich dann nur täglich zu melden.

Die Überlebenden in den Charlower Gefängnissen kamen schließlich in Konzentrationslager. Mehrere von ihnen hatten Verwandte in Charlow, die dann alle nach Möglichkeit mit Nahrung versorgten. Ein Konzentrationslager befand sich auf der Cholodnaja Gorka in der Alexanderschanke, wo es sehr streng herging und nur einmal wöchentlich Essen gebracht werden durfte. In anderen Konzentrationslagern, auf dem Rennplatz, hatte der Kommandant ein menschliches Herz, so daß den Internierten mehr Hilfe geleistet werden konnte. Die endlosen Karawanen von essentragenden Personen, die zu den Konzentrationslagern pilgerten, gleichen Demonstrationen und wer sie gesehen, dem werden sie unvergesslich bleiben.

Die im Kriege von den Bolschewisten gefangen genommenen polnischen Militärpersonen, die nach Charlow kamen, etwa 2 bis 3000 Mann, waren vollständig ihrer Kleider beraubt, nackt und barfuß. Manche hatten nicht einmal ein Hemd. Ein Sold, den sie mit der Hand gefaßten mußten, damit er nicht herabfiel, bildete ihre gesamte Kleidung. In einzelnen Trupps wurden diese Gefangenen immer und immer wieder durch die Stadt geführt, um zu zeigen, wie jämmerlich das polnische Militär gekleidet ist. Viele waren es nicht, die nicht erkannten, daß die Keimsten ausgeraubt worden waren.

Alles wartete auf die Polen oder die Deutschen, die kommen würden, um Rußland aus der Hölle zu erlösen. Auch in Moskau wartete man. Von dort war der persische Konsul als Verhafteter nach Charlow geschickt worden, der interessant über das juchzende Gend in Moskau zu berichten mußte.

In Charlow herrscht eine ungeheure Teuerung. Brot kostete 600 bis 700 Kbl, das Pfund, Rindfleisch 2000 Kbl. (Schluß folgt.)

Verhandlungen mit der Sowjet-Delegation.

Warschau, 28. April. (Pat.) Am 28. d. Mts., um 12 Uhr mittags, fand die erste Sitzung der gemischten Kommission (russisch-ukrainisch-polnischen) zum Austausch von Kriegsgefangenen statt. An der Spitze der polnischen Delegation steht Herr Stanislaw Korjak und an der ukrainisch-russischen Herr Glim Ignatow. Herr Korjak begrüßte die Sowjet-Delegation und wies darauf hin, daß nunmehr die ersten Arbeiten zur Erfüllung des Friedensvertrages zwischen den Sowjetrepubliken Rußlands und der Ukraine und der Republik Polen beginnen werden. Alsdann ergriff der Vorsitzende der russisch-ukrainischen Delegation Herr Ignatow das Wort. Er erklärte u. a.

daß der Reichsvertrag seitens Sowjet-Rußlands loyal durchgeführt werden wird. Er bemerkte ferner, daß die Festigung der Sowjet-Verfassung in Rußland den Lebensinteressen des polnischen Volkes entspreche, weil die feindliche Politik der Sowjet-Behörde die freie Selbstbestimmung des polnischen Volkes schadet. Die gegenwärtige Arbeit wird ausschließlich einen humanitären Charakter tragen und die Möglichkeit geben, die bisher bestehenden gegenseitigen Mißverständnisse zu beseitigen.

Hierauf wurde zu den Beratungen geschritten, die in polnischer und russischer Sprache geführt wurden. Die Sitzung wurde um 1 Uhr 25 Minuten beendet.

Völkerverständigung

Die Zeitung „Nul“ berichtet aus Kopenhagen von einem Anzügen auf dem amerikanischen Schiff „Gloria“, das an Bord 70 aus Amerika ausgewiesene russische Völkerverständigung hatte. Als das Schiff kaum die Uferzone verlassen hatte, stellten die Kommunisten unter Führung einer gewissen Anna Drendowka die Forderung, man solle sie in die erste Klasse überführen. Der Kapitän verweigerte das. Hierauf drohten die Kommunisten die Herrschaft über das Schiff in ihre Hände zu nehmen. Der Kapitän zog seinerseits mit Kreide auf dem Deck eine Linie, stellte bewaffnete Matrosen auf und gab den Befehl, einen jeden zu erschießen, der diese Linie überschreitet. Die Drendowka stellte nun ein Ultimatum, wann das Schiff den Kommunisten übergeben werden müsse. Es kam aber nicht zu weiteren Auseinandersetzungen, denn es wurde auf See stürmisch und die Drendowka, sowie ihre „Genossen“ erkrankten an der Seekrankheit.

General Wrangel will sich nach London begeben.

Paris, 20. April. (Polypress.) Die französische Militärmission in Konstantinopel meldet, General Wrangel beabsichtige nach London zu reisen. Nach einer Nachricht aus anderer Quelle, haben die französischen Militärbehörden Wrangel empfohlen einen Abschiedsbesuch an die Armee zu erlassen und Konstantinopel für immer zu verlassen. Gen. Wrangel soll darauf erwidert haben, er müsse sich in dieser Angelegenheit mit den russischen politischen Delegationen verständigen.

Der Anschlusswille Deutsch-Tirols.

Der Drang des Tiroler Volkes, sich an Deutschland anzuschließen, ist bei der Abstimmung am Sonntag in noch viel gewaltigerem Ausmaß zum Ausdruck gekommen, als dies nach den ersten Nachrichten, die ohnehin schon eine ungeheure Mehrheit für Deutschland ergaben, der Fall zu sein schien. Nur 2 Prozent der Stimmen wurden für die „Karlisten“ abgegeben. Alles andere gipfelte in dem Ausdruck der Sehnsucht, sich mit dem deutschen Mutterlande zusammenzuschließen. Innsbruck, die Stadt, die in ihren Mauern die Gräber Andreas Hofers, Speckbacher und des Geißlichen Hapsinger hütet, die Städte, an der einst Walther von der Vogelweide seine schönsten Wesen sang, ist heute noch genau so deutsch, wie vor vielen Hunderten von Jahren.



Zur Abstimmung in Tirol.

Überwältigend sind die Biffen, die aus Nord-Tirol kommen. In Alpbach gingen von 575 Stimmberechtigten 516 zur Hand, die alle für den Anschluss stimmten. Im Bezirk Völs, wo angeblich die meisten Anhänger Kaiser Eads wohnen sollten, wurden bei 15,950 Stimmberechtigten 13,640 Stimmen für Deutschland und nur 84 „Nein“ abgegeben. In Mühlau lauteten von 1084 Stimmen nur 10 auf „Nein“. In Schwab von 3887 Stimmen 19 auf „Nein“, in Hall von 3348 Stimmen 80 auf „Nein“. In Telfs lauteten 1472 Stimmen auf „Ja“ und 7 auf „Nein“. In Steinach wurden alle 697 Stimmen mit „Ja“ abgegeben. In Gröden ergaben sich 372 Stimmen mit „Ja“ und 2 mit „Nein“. In Hötting lauteten von 6000 abgegebenen Stimmen 23 mit „Nein“.

Mit dieser Abstimmung ist an sich der Anschluss noch nicht vollzogen, da der Friede von St. Germain nur eine Meinungsäußerung, aber keine Selbstbestimmung des Tiroler Volkes in seiner wichtigsten Lebensfrage vorsteht. Das Abstimmungsergebnis wird dem Völkerverbund vorgelegt werden, damit er zur Notiz nimmt, daß die Grenzfestsetzungen lediglich willkürliche sind, die Zusammengehöriges auseinanderreißen. Pflicht der Bundesregierung in Wien ist es nunmehr, den Anschlussgedanken, der in Kärnten und Steiermark wie im Salzburger Bezirk nicht minder hoch aufstaut, gleichfalls in Bewegung zu bringen. § 88 des Friedensvertrages von St. Germain stellt es der österreichischen Regierung frei, den Anschluss an Deutschland beim Völkerverbund nachzugehen, wenn hinter ihr die erdrückende Mehrheit des Volkes steht.

Blutige Zwischenfälle in Bozen.

In Bozen veranstalteten am Sonntag anlässlich der dort stattfindenden Mustermesse die deutschen Südtiroler ein Trachtenfest. Am Nachmittag formierten sie sich zu einem Festzuge. Pöplich sanften in das festliche Treiben Bomben und Handgranaten von Italienern, welche von Verona herübergekommen waren, um in Bozen ein Vltbad anzulegen. Der deutsche Oberlehrer Innerhoffer aus Marling wurde getötet, 43 Deutsche wurden ver-

wundet, 6 von ihnen schwer. Der Überfall war, wie sich erweist, sowohl von der Beroneser Zentrale, als von den in Bozen lebenden Italienern wohl vorbereitet worden, ohne daß die Regierung irgend etwas zum Schutze der Deutschen unternommen hätte. Die nationalistische Presse Italiens hatte schon lange vorher erklärt, es müsse alles getan werden, um den Sieg auszunutzen und das Deutschum in Südtirol auszurotten.

In der Stadt herrscht fürchterliche Erregung. Die italienische Regierung hat nach einer Mitteilung der „Agenzia Stefani“ angeordnet, daß alle Teilnehmer an den Überfällen verhaftet werden, und daß eine strenge Untersuchung eingeleitet werden soll, um festzustellen, ob seitens der öffentlichen Gewalt ein Fehler begangen worden ist. Die Schuldigen und die Verantwortlichen werden unverzüglich bestraft werden.

Das macht den Toten nicht wieder lebendig und befreit die verbliebenen deutschen Opfer italienischen Deutschenhasses nicht von ihren Schmerzen. Als die Nachricht vom Überfall von Bozen nach Innsbruck kam, wo die Bevölkerung das Abstimmungsergebnis erwartete, entstand eine gewaltige Erregung. Es kam zu Kundgebungen vor dem italienischen Konsulat. Anlässlich der Beschwerden des italienischen Konsuls verwarf der Bundespräsident auf die ungeheure Erregung der Bevölkerung wegen des blutigen Überfalls in Bozen und auf die zum Schutze der Italiener in Innsbruck getroffenen Vorkehrungen.

Ausgerissene Grenzpfähle.

Einer Wiener Korrespondenz wird aus Innsbruck gemeldet: In den Abendstunden kamen hier zwei mit Fahnen geschmückte Autos aus Mittenwald an, in denen Studenten saßen, welche entlang der österreichisch-italienischen Grenze die Grenzpfähle ausreissen und nach Innsbruck gebracht haben. Auch bei Neutte und Ruffstein wurden die Grenzpfähle niedergelegt. Eine große Menge folgte den Autos und brachte fortgesetzt stürmische Heulrufe auf Deutschland aus.

Bivianis Rückkehr.

Paris, 20. April. (Pat.) Am Mittwoch trat an Bord des Schiffes „Frankreich“ Biviani in Havre ein. Die Bevölkerung bereitete ihm eine Ovation.

Paris, 20. April. (Pat.) Biviani, der aus Amerika zurückgekehrt ist, erklärte einem Interview gegenüber, daß er auf Washington die Sicherheit einer baldigen franko-amerikanischen Mitarbeit auf dem politischen und finanziellen Gebiete mitgebracht habe. Die öffentliche Meinung Amerikas verlangt einmütig, daß die gerechten Forderungen Frankreichs in Sachen der Entschädigungen unterstellt werden.

Das Polnisch-Deutsch-Danziger Durchgangsabkommen unterzeichnet.

Wie aus Pressenachrichten bereits bekannt geworden ist, ist das Deutsch-polnisch-Danziger Durchgangsabkommen am 21. d. Mis. in Paris unterzeichnet worden.

In dem Abkommen ist entsprechend den Bestimmungen der Artikel 89 und 98 des Friedensvertrages von Versailles der Durchgangsverkehr einmal zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland über polnisches und Danziger Gebiet und zweitens der Durchgangsverkehr zwischen Polen und Danzig über das auf dem rechten Weichselufer gelegene deutsche Gebiet (hauptsächlich Strecke Danzig-Marienburg-Deutsch-Ostlan-Ilowo-Warschau) vertraglich geregelt.

Der sehr umfangreiche Vertrag sieht vor allgemeine Bestimmungen, in denen unter anderem für etwaige Streitfälle ein Schiedsgericht mit dem Sitz in Danzig und unter Beteiligung eines Danziger Schiedsrichters für den Fall der Verletzung Danziger Interessen vereinbart ist, ferner Bestimmungen für den Eisenbahnverkehr, Militärverkehr, Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr, Schiffsverkehrsverkehr und Automobilverkehr, sowie Bestimmungen für Zoll- und Passabfertigung nebst den notwendigen Ergänzungs-, Ausführungs- und Schlußbestimmungen.

Grundsätzlich ist im Eisenbahnverkehr die Freigabe einer Reihe von Strecken für den Durchgangsverkehr vereinbart. Dieser Durchgangsverkehr soll in geschlossenen Zügen oder Zugteilen gefahren werden, für die eine gegenüber dem bisherigen Verkehr wesentlich erleichterte zoll- und passamtliche Behandlung des Personen- und Güterverkehrs vorgesehen ist.

Obwohl Danzig in dem Durchgangsabkommen in der Hauptsache nur Verpflichtungen auf sich nimmt, insbesondere insofern, als der Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland auf zwei seiner Hauptstrecken, Marienburg-Schneidemühl und Marienburg-Lauenburg über Danziger Gebiet führt, ist der Vertrag für die freie Stadt Danzig von grundlegender Bedeutung.

Der Vertrag bedarf zu seiner Ausführung einer Reihe von Vorbereitungen, insbesondere auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens. Infolgedessen sind für die Ausführung des Vertrages bestimmte Festsetzungen vorgesehen. Damit schon möglichst für diesen Sommer im Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland einige von Deutschland für unbedingt notwendig erachteten Verbesserungen eingeführt werden können, wird gegenwärtig über ein bis zur Ausführung des Hauptabkommens in Kraft zu setzendes Protokoll verhandelt.

Der Verkehr Danzig-Deutschland ist in dem Pariser Abkommen gar nicht und der Verkehr Danzig-Polen nur insoweit geregelt, als er über deutsches Gebiet führt. Die für diese beiden Verkehre notwendigen Verbesserungen werden Gegenstand alsbaldiger besonderer Vereinbarungen zwischen den beteiligten Staaten sein müssen.

Streik der Hafenarbeiter in Danzig.

Danzig, 20. April. (Pat.) Heute brach hier der Streik der deutschen Hafenarbeiter aus. Der Streik ist der Ausdruck eines Protestes gegen die angeblichen Schikanen seitens polnischer Kontrollbeamten, die nach der Meinung der Arbeiter allzu eifrig die polnischen Waren im Hafen vor einem Diebstahl bewachen.

Die Beilegung des Streiks in England steht bevor.

London, 20. April. (Pat.) Die günstige Entscheidung des Bergarbeiterkonflikts ist nicht mehr fern. Die Arbeiter wollen auf die Herabsetzung des Lohnes um 3 Schilling nicht eingehen, dagegen würden sie mit der Lohnreduzierung um 2 Schilling einverstanden sein.

London, 20. April. (Pat.) Die Regierung schlägt eine Erhöhung des Subsidiums für die Vergleute von 7 auf 10 Millionen vor. Die Vergleute haben dieses Regierungsprojekt abgelehnt.

Unruhen in Athen.

Paris, 20. April. (Polypress.) Aus Athen wird gemeldet, daß am vergangenen Dienstag hier große antimilitaristische Demonstrationen stattgefunden haben. Eine vieltausendköpfige Menge wollte unter den Rufen „Nieder mit dem Kriege!“ bis zum königlichen Hof vordringen, sie wurde jedoch durch Gendarmenabteilungen zurückgehalten. Auf einer Versammlung, die darauf auf dem St. Helenenplatz stattfand, kritisierten die Redner sehr scharf die Politik König Konstantin. Wiederholt wurden Rufe laut: „Es lebe Venizelos!“ Bei den Regierungsgebäuden und auf dem Bahnhof sind Militärwagen aufgestellt.

Mobilisation in Griechenland.

Athen, 20. April. (Pat.) Die griechische Regierung rief die Jahrgänge 1901-1903 unter die Fahnen.

Unruhen in Italien.

Milano, 20. April. (Pat.) Die Festeisten bemächtigten sich des Rathhauses und proklamierten provisorisches Direktorium. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt Spiano, Vorsitzender der neuen Regierung, übernahm die Verantwortung für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe.

Zur Bekämpfung der Handelskrisis.

New-York, 20. April. (Pat.) Der bekannte amerikanische Finanzmann Mahogh, Vorsitzender des internationalen Handelsvereins, verlangt in seiner in der Handelskammer der Vereinigten Staaten gehaltenen Rede, daß den ausländischen Unternehmungen ein langfristiger Kredit gewährt wird, um auf diese Weise die gegenwärtige Handelskrisis zu bekämpfen. Der amerikanische Export hat sich in den letzten 6 Monaten um die Hälfte verringert.

Preissturz.

Wie aus Wien telegraphiert wird, ist dort in letzter Zeit ein bedeutender Preissturz auf alle Waren eingetreten. Am deutlichsten ist der Sturz in der chemischen Industrie, deren Produkte um 40 Prozent herabgegangen sind, in der Papier- und Textilindustrie stiegen die Preise um 20 Prozent.

Chronik u. Lokales.

Sin Antrag zum Mieterschutzgesetz.

Die Abgeordneten Boffa, Soloneta und andere vom Nationalen Volksverband (Zwizjel Ludowik Karodow) beantragten dringend folgende Novelle zum Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920: Das Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920 bezweckt die Sicherung des Waisens und der Entwicklung der polnischen Städte, ihren Schutz vor Stillstand und in einigen Fällen geradezu vor dem Untergang, der den kleinen Städten in ehemaligen Kongreßpolen und in Klempolen droht. Die beständig zunehmende Teuerung der Arbeitskraft und der technischen Materialien bei unverhältnismäßig niedrigerem Mietzins hat die Wiederherstellung der Häuser und den Bau neuer Wohnhäuser unmöglich gemacht. Ohne die unbedingt notwendige Ausbesserung verfallen die Gebäude; bedroht ist das materielle Dasein so zahlreicher bürgerlicher Schichten, wie die Handbesitzer sie bilden, und die Bevölkerung, die in die Städte zuflieht, wird durch den Mangel an Wohnungen benachteiligt. Eine Reform war notwendig. Der Anfang ist gemacht.

Die praktische Anwendung des Mieterschutzgesetzes vom 18. Dezember 1920 hat jedoch gewisse Unklarheiten und Undeutlichkeiten in diesem Gesetz gezeigt, die eine willkürliche Auslegung einiger seiner Paragraphen sowohl durch die Handbesitzer als auch durch die Mieter zulassen. Außerdem enthält dieses Gesetz Vorschriften, die gewissenlosen Handbesitzern oder ihren Stellvertretern Gelegenheit zu Mißbräuchen geben, und gewissenlosen Mietern es ermöglichen, sich den Pflichten zu entziehen, die das Gesetz ihnen auferlegt. Daraus ergeben sich Mißverständnisse, Streitigkeiten und Prozesse zwischen beiden Seiten. Am meisten Unfrieden und Aufregung rufen die Paragraphen 4 und 5 (Teil I) hervor.

Die Gesellschaft hat sich in zwei einander feindliche Lager geteilt: die Handbesitzer und die Mieter. Es ist zu einer neuen Art von Gegendrängen gekommen, und damit zu einer neuen Klasse von Winkeladvokaten und Vermittlern, unter denen es auch Expresse und Hege gibt.

Die Handbesitzer und die Mieter, die außerhalb der leidenschaftlichen und nutzlosen Streitereien und

der Kalkulation stehen, erwarten mit Recht in aller Nähe von der Regierung und vom Senat eine Revision dieses Gesetzes, die aus ihm die unpraktischen und schwerfälligen Bestimmungen beseitigt und die nötigen Beseitigungsmaßnahmen im Sinne der beiderseitigen Interessen und des allgemeinen Wohls einleitet. Die Unterzeichneten beantragen daher, der Hofe Senat möge beschließen:

1. Der Senat fordert die Regierung auf, nach in der jetzigen Legislaturperiode eine Novelle zum Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920 vorzulegen, so daß die Novelle mit dem 1. Juni dieses Jahres in Kraft treten kann;
2. bei der Prüfung des Gesetzes und bei der Bearbeitung der Novelle ist das Material zu berücksichtigen, das aus der Praxis der Wohnungämter und Mietvermittlungsämter aller Arten von Städten in der Republik gesammelt ist;
3. zur Kenntnis zu nehmen die sachlich vorgelegenen Meinungen der Verbände der Verleiher von Häusern und in Städten gelegenen Grundstücken und der Mieterverbände aus allen Teilgebieten Polens.

Warschau, den 14. April 1921.

Walpurgisnacht.

Es spukt mit schon durch alle Glieder die herrliche Walpurgisnacht!
Die Lehet uns übermorgen wieder,
Da weiß man doch, warum man wacht.

Im Kalender das Volkes haben die meisten heidnischen Merkmale biblische oder Hellenen-Namen erhalten und sind mit christlichen Vorstellungen erfüllt worden. Für den Kundigen leuchtet aber die germanische Bedeutung noch immer hindurch. Besonders ein Tag ist es, der in Norddeutschland die Botanikverehrung, im Süden den Verdaulieben klar widerspiegelt: der Walpurgis (1. Mai) und die ihm vorausgehende Nacht.

Wenn im ersten Frühjahrgewitter der alte Donnerer sich der jungfräulichen Erde vermählt, wenn die ganze Natur, Pflanzen, Tiere und Menschen, von Weidewelt ergriffen wird, dann steigen noch einmal die Götter Walhalls aus ihrer Verbannung hernieder, segnen die Ähren, machen die Hügel milder und helfen den Liebenden. Die jungen Mädchen schleien über die Saaten, — er fördert das Wachstum; der Bauer nagelt einen Ebereschenzweig über die Stalltür (die Eberesche war dem Wotan geweiht) — nun kann ihm kein Vieh sterben; und die Mädchen werfen den Rosmarinzwig, das Zeichen der Jungfräulichkeit, ins Wasser, damit in seinem Spiegel das Bild des Liebsten ersehe.

Um einen Rückfall ins Heidentum zu begegnen, mußte die christliche Kirche die fremdliche Gestaltung der alten Götter ins gerade Gegenteil verkehren. Aus Wotan mit dem wilden Heer wurde der Teufel Oberster, mit seinem dunkeln Anhang, aus den Dienerinnen der lieblichen Verdaul wurden Huren, und sie alle lebten in der Nacht vor dem 1. Mai ihr unholdes Wesen. Die heidnische Eberesche jedoch ward zum verfluchten Hurenbaum. Nur durch gereinigtes Wasser, mit dem die Felder besprengt wurden, des Kreuzes Zeichen an der Stalltür und Ansetzung des heiligen Namens konnte man sich vor diesem Spuk retten!

Die bösen Geister selbst aber vergnügten sich bis Sonnenanfang auf vermauerten Bergespitzen, tanzten um ihren Herrern, berichteten, was sie im Laufe des Jahres Böses verübt, und empfingen einen Lohn und neue Weisheit. — Goethe schildert eine Walpurgisnacht aus dem Hertenanzug im Harz; doch zählt man in Norddeutschland viele solcher „Waldberge“.

Leider hat diese Vorstellung, als gäbe es wirklich Menschen, die mit dem Bösen im Bunde ständen, eine furchtbare düstere Folgerichtigkeit gezeitigt: die Tausende von Hexenverbrennungen am Ausgang des Mittelalters. Ein Schwand der Geschichte und ein der entsetzlichen Nachrichten aus dem Lebenswege der Frau! — Die Aufklärung hat Licht in dieses Dunkel getragen, aber heute, wo sich weite Kreise wieder den okkulten „Wissenschaften“ zuwenden, wo Geister erscheinen und Tische wackeln, sind wir vielleicht nicht allzu weit von einem neuen Hexenglauben entfernt! Was sagt Goethe in der Walpurgisnacht? „Wie lange hab' ich nicht am Wahn hingewandelt! Und mir wird's rein! Das ist doch unerhört!“

* Aufhebung der Ausnahmezustandes. Das Kriegsministerium gibt bekannt, daß mit dem 2. Mai l. S. in allen Reichsteilen der auf Grund des Gesetzes vom 25. Juli 1919 eingeführte Ausnahmezustand aufgehoben wird.

* Das Verpflegungs-Ministerium und das staatliche Amt zum Einkauf von Artikeln des ersten Bedarfs (Pazapp) werden aufgelöst. In der Sitzung des Ministerrats am vergangenen Donnerstag wurde beschlossen, das Gesetz vom 9. Juli 1920 über die Verpflegung für das Wirtschaftsjahr 1921 aufzuheben und das Verpflegungs-Ministerium sowie das staatliche Amt zum Einkauf von Artikeln des ersten Bedarfs aufzulösen.

* Der Import von Kunstseide gesteuert. Das Ministerium für Handel und Zollverwaltung erklärte, daß die Einfuhr von Kunstseide aus solchem Garn aus dem Auslande ohne jegliche vorherige Genehmigung der Behörde gestattet ist.

* Staatliche Kontrollkammer. Die Bodner Woiwodschaj setzte die im unterstellten behördlichen Institutionen davon in Kenntnis, daß die staatliche Kontrollkammer ihre Tätigkeit bereits aufgenommen hat. Alle unterstellte Institutionen haben sich den Anordnungen dieser Kammer zu fügen.

* Die Telegraphenagentur Pat. In der Sitzung des Ministerrats am 23. d. Mis. wurde beschlossen die polnische Telegraphen-Agentur als staatliche Institution weiter zu unterhalten und eine Reorganisation durchzuführen.

